

Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 704

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: LV Sachsen, BAK Umwelt und Verkehr, LV Baden-Württemberg, LV Niedersachsen, LV Schleswig-Holstein, LV Berlin

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

1 **Freiheit braucht Verantwortung – Leitlinien einer liberalen** 2 **Umweltpolitik**

3 Die Herausforderungen durch Klimawandel und andere ökologische Fehlentwicklungen nehmen
4 seit Jahren zu. Eine verantwortungsvolle und freiheitliche Umwelt- und Klimapolitik bleibt für die
5 Jungen Liberalen daher auch in Zukunft zentrale Grundlage für eine nachhaltige ökologische
6 Generationengerechtigkeit. Dabei muss ein effektiver Ausgleich zwischen dem Wirkungsbereich
7 individueller Grundfreiheiten sowie den Anforderungen einer externalitätenarmen
8 Nachhaltigkeitspolitik geschaffen werden. Hierfür soll die derzeitige deutsche Umwelt- und
9 Klimapolitik auf ein moderneres, breiteres Fundament eines auf 6 Säulen beruhenden
10 Maßnahmenpakets gestellt werden:

11 **I. Mehr Markt, weniger nationale Alleingänge – Internationale Kooperation stärken**

12 So wie das Klima dürfen auch die langfristigen Maßnahmen überregionaler Umwelt- und
13 Klimapolitik in Zukunft nicht länger an nationalen Grenzen enden.

14 Die Jungen Liberalen sehen Ökologie und Ökonomie hierbei nicht als unüberwindbare
15 Gegensätze: Nur, wenn es gelingt, Konsumbedürfnisse insbesondere im Energiebereich sicher,
16 sauber und bezahlbar zu befriedigen, kann Umwelt- und Klimapolitik gelingen.

17 Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem nachhaltig lebenswerten Planeten und zu den Pariser
18 Klimazielen.

19 Zur Erreichung dieser Ziele vertrauen wir in erster Linie auf die Steuerungskraft des Marktes. Die
20 Marktwirtschaft hat sich historisch als effizientestes Mittel zur Bedürfnisbefriedigung
21 herausgestellt.

22 Im Bereich der Energiepolitik wollen wir daher das Europäische Emissionshandelssystem (EU
23 ETS) sektorübergreifend sukzessive ausbauen und langfristig zu einem globalen
24 Handlungsansatz ("Global Emissions Trading System (GETS)") weiterentwickeln. Dieser soll
25 zukünftig alle emissionsintensiven Branchen und alle bekannten Treibhausgase umfassen. Dies
26 betrifft ausdrücklich auch den Verkehr zu Land, Wasser und in der Luft sowie die Landwirtschaft
27 und deren Methanemissionen. Die Erweiterung des ETS-Gebietes auf weitere Mitgliedsstaaten
28 soll dabei unter Einhaltung völkerrechtlicher Selbstbestimmung intensiviert werden.

29 Zur Sicherstellung wirksamer CO₂-Resorptionsflächen sowie für einen effektiven Artenschutz ist
30 langfristig eine internationale völkerrechtliche Verständigung auf ein globales Forstziel nach dem
31 Vorbild der deutschen 2%-Wildnis-Initiative anzustreben. Für Deutschland fordern wir 3 Prozent
32 Wildnisfläche. Ein solches Flächenschutzabkommen könnte internationale Schutzzonen zur
33 Bewahrung der natürlichen Wildnis deklarieren und protektive wie sanktionierende Maßnahmen
34 für oder gegen nationale Vorgehensweisen vorsehen. Deutschland soll hierbei mit gutem

35 Beispiel vorangehen und darf sich einer Debatte zum Aufkauf zu schützender und/oder
36 rückaufzuforstender Regenwaldflächen nicht verweigern.

37 Wenn Unternehmen oder Staaten durch Aufforstung oder innovative technische Filtersysteme–
38 auch in Drittländern – Treibhausgase atmosphärisch binden oder emissionsbilanziell wirksam
39 abbauen, soll dies ebenso wie nationale Rückschritte in der gemeinsamen klimapolitischen
40 Kooperation berücksichtigt werden.

41 Hierfür sind, sofern humanitär vertretbar, die objektiven Einhaltungsbemühungen der Pariser
42 Klimaziele und des o.g. Flächenschutzabkommens als gekoppelter Faktor in die Berechnung der
43 regelmäßigen Entwicklungshilfezahlungen des Bundes, sofern noch bestehend, einzubeziehen.
44 Projekte gegen übermäßige Regenwaldrodungen können auf diese Weise ebenso belohnt wie
45 ein schädlicher Abbau gemeinsamer Klimastandards oder ein einseitiger Rückzug aus
46 internationalen Abkommen wirkungsvoll sanktioniert werden.

47 **II. Fehlanreize abbauen, Energiemarkt nachhaltig ausgestalten**

48 Cap-and-trade-Verfahren wie das des EU ETS basieren auf der Selbstorganisationskraft des
49 Marktes und erlauben eine passgenaue politische Zielumsetzung ohne den Unternehmen ihre
50 Eigenverantwortlichkeit zu entziehen.

51 Leider wird die Wirkungsfähigkeit des Emissionshandels derzeit durch Vielzahl
52 energiemarktverzerrender Subventionen und Steuern sabotiert. Diese erhöhen die
53 Lebenshaltungskosten in Deutschland und senken die Wirtschaftskraft, ohne dass etwas für das
54 Klima erreicht wird – der CO₂-Ausstoß wird lediglich in andere europäische Länder verschoben.
55 Um die Marktmechanik des Zertifikatehandels weiter zu stärken, setzen wir uns dabei sowohl für
56 eine umfassende Senkung der Stromsteuer als auch für einen vollständigen Abbau aller
57 strommarktverzerrender Subventionen bspw. für energieintensive Industrien ein.

58 Ein gemeinsamer europäischer Energiemarkt und ein damit verbundener Abbau von
59 energiemarktwirtschaftlichen nationalen Doppelstrukturen ist anzustreben. Einseitige nationale
60 Alleingänge und zentralstaatlich ineffektive Steuerungsinstrumente wie die viel diskutierte
61 CO₂-Steuer lehnen wir ab.

62 Ein wirksamer ETS wird durch den steigenden Marktdruck absehbar den Anteil erneuerbarer
63 Energien am Energiemix steigern und macht eine subventionierte staatliche Zentralplanung
64 überflüssig. In diesem Zuge ist die derzeit durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
65 regulierte EEG-Umlage abzuschaffen.

66 **III. Internationalen Agrarmarkt entfesseln, staatliche Falschentwicklung korrigieren**

67 Ein Großteil der internationalen Methanemissionen ist auf die Folgen intensiver Nutztierhaltung
68 mit starker Konzentration in den westlichen Staaten zurückzuführen. Die Anreize für den Betrieb
69 derartiger Anlagen sind dabei durch ein massives europäisches Subventionsübergewicht für
70 Futtermittel und Produktionsstätten so günstig wie nie. Gleichzeitig wird durch den
71 begrüßenswerten Abschluss von Freihandelsabkommen bspw. mit den afrikanischen Staaten die
72 dortige Existenzgrundlage von Landwirten durch subventioniertes Dumping zerstört. Im Sinne
73 einer gestärkten lokalen und emissionsarmen Lebensmittelproduktion sowie eines entzerrten,
74 fairen und freien gemeinsamen Agrarmarktes sind alle derzeit existierenden europäischen und
75 nationalen Agrarsubventionen daher nach neuseeländischem Vorbild im Laufe von zwei
76 Jahrzehnten vollständig abzuschaffen.

77 Den Einsatz gentechnologischer Verfahren wie CRISPR/Cas bei der Erforschung und
78 Entwicklung von düngungs- und pestizideffizienten GM-Pflanzen betrachten wir als einen der
79 zentralen Schlüssel zu einer gleichsam sichereren wie weniger umweltbelastenden
80 Agrarwirtschaft und stehen ihrer weiteren Felderprobung daher sehr aufgeschlossen gegenüber.

81 **IV. Forschung und Wissenschaft stärken, technologieoffenen Wettbewerb beflügeln**

82 Eine besondere Rolle zur nachhaltigen Ausgestaltung des Energiemarktes wird der Entwicklung
83 dezentraler Energieversorgungsmethoden und sog. Power-to-X-Verfahren zukommen. Die
84 Forschung an der Optimierung etwa von Blockheizkraftwerk- sowie verbesserter
85 Energieakkumulationstechnologien zum Abbau unverbrauchter Produktionsüberschüsse sollen
86 daher besser ausfinanziert werden. Hierzu zählt auch die technologieoffene Erforschung
87 emissionsarmer Mobilitätsmöglichkeiten bspw. durch Wasserstoff- oder Methanverbrennung.

88 Forschungsfreiheit hört für uns jedoch nicht bei den sog. erneuerbaren Energien auf. Solange
89 konventionelle Energieträger Teil des Strommixes sind, müssen auch diese in die Überlegungen
90 miteinbezogen werden. Technologien zur Filterung von Rauchgasen, die bei der Verbrennung
91 fossiler Brennstoffe anfallen, sind voranzutreiben; solchen der atmosphärischen wie
92 nicht-atmosphärischen CO₂-Speicherung, -resorption und -abbau etwa durch
93 Carbon-Capture-Systeme (CCS) stehen wir unterstützend gegenüber. Wir setzen uns für die
94 ideologiefreie Erforschung und Nutzbarmachung von Energiegewinnungstechnologien auf
95 Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis ein. Die politisch gewollte Bevorzugung bestimmter
96 Technologiearten lehnen wir ab.

97 Hierfür sind auch Entwicklungsvorbehalte in der Bevölkerung durch eine gezielte Einbeziehung
98 der Zivilgesellschaft, etwa von Bürgervereinen oder Lehrern, in die Aufklärung über die
99 regionalen Zukunftsperspektiven durch den Einsatz neuer oder alter Technologien abzubauen.
100 Wissenschaftlich unbegründete Ängste vor modernen Schiefergas-Frackingverfahren wollen wir
101 damit wirksam reduzieren.

102 **V. Regionale Verantwortung stärken**

103 Im Kontext der regionalen Verankerung einer nachhaltigkeitsorientierten Politik kommt den
104 Kommunen eine tragende Schlüsselrolle zu.

105 Insbesondere Städte tragen hierbei eine große emissionspolitische Verantwortung. Kommunale
106 Initiativen zur Ausweitung von Dachbegrünung und
107 Urban-Gardening-/Kleingartenflächenstrukturen begrüßen wir daher ausdrücklich. Im Kontext
108 des ländlichen Raumes befürworten wir lokale Selbstverpflichtungen zur flächenanteiligen
109 Vorhaltung von Wildwiesen.

110 Die weitere Erforschung und Anwendung von insektenfreundlichen und weniger
111 lichtverschmutzenden Nachtbeleuchtungsvorrichtungen wie bspw. Laternen erachten wir als
112 förderungswürdige technologische Innovation.

113 Da der Eintrag pharmazeutischer Stoffe in das Grundwasser ein wachsendes Problem darstellt,
114 fordern wir die fundierte Festlegung von Grenzwerten anhand gesundheitlicher
115 Schädigungsprognosen. Wir fordern die Wiederverpflichtung der Apotheken zur Rücknahme von
116 Altmedikamenten. Die Pharmaindustrie muss Möglichkeiten ergreifen, dass mehr Wirkstoffe nach
117 der Einnahme im menschlichen Körper verbleiben.

118 Marode Flächenfeldversiegelungen, etwa durch Brachstraßen, die eine vollständige
119 Renaturierung von Landschaftsflächen in aussterbenden Schrumpfungsgebieten
120 verunmöglichen, sollen durch Rückbauvorhaben sukzessive abgebaut werden.

121 Die Jungen Liberalen erkennen die Bedeutung von Biodiversität und des damit einhergehenden
122 strategischen Erhalts von natürlichen Lebensräumen an. Wir fordern vor diesem Hintergrund ein
123 kluges Artenerhaltungsmanagement im ländlichen Raum, insbesondere im Kontext der
124 Landwirtschaft. Hierbei setzen wir in erster Linie auf Aufklärung und Eigeninitiative, wissen
125 jedoch auch um die Notwendigkeit punktueller politischer Korrekturen in gebietsbezogenen
126 Interessenskonflikten. Maßnahmen hierfür sind unter breitem Einbezug der Öffentlichkeit, etwa
127 von Bürgerinitiativen, Unternehmen und Vereinen in jedem Einzelfall abzuwägen und laufend zu
128 evaluieren. Die natürliche Wiederansiedlung von ehemals heimischen Raubtieren wie der
129 deutschwestpolnischen Wolfspopulation begrüßen wir als Beitrag zur Artenvielfalt, erkennen aber

130 auch den dringenden Reformbedarf zum Schutz von Bevölkerung und heimischer
131 Weidewirtschaft, um ein konfliktarmes Nebeneinander zu ermöglichen. Hierfür fordern wir eine
132 bundeseinheitliche Lockerung des rigiden Wolfsschutzes zugunsten eines dreigliedrigen
133 Wolfsmanagements, das in sog. "Schutzareale" in natürlichen Habitaten, bestandskontrollierende
134 aber prinzipiell tolerierte "Managementareale" in Übergangsbereichen und besiedelte bzw.
135 weidewirtschaftlich genutzte "Problemareale", in denen das Vorhandensein von Wölfen nicht
136 toleriert wird, unterteilt. Für eine präzise Untersuchung dieser Gebiete sowie einen effektiven
137 Interessenausgleich zwischen Naturschutz und Tierhaltung soll ein jährlicher Bericht über den
138 Ist-Stand der hiesigen Wolfspopulationen erstellt und die Kooperation mit den Nachbarländern
139 Tschechien und Polen verstärkt werden. Bioinvasive Schädlinge wie der Waschbär oder Mink
140 sind im Landesjagdrecht zum Abschuss freizugeben.

141 Die Wiederherstellung von Feldrainen als artenreiche Biotope begrüßen und empfehlen wir.

142 **VI. Verbote verbieten – Für eine nachhaltige Richtlinienpolitik mit Augenmaß**

143 Im Bereich der Umweltpolitik vertreten wir die Vision einer ökoliberalen Marktwirtschaft, die
144 Anreize für einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen setzt. Pauschale
145 Restriktionen und Verbote treten dabei in den Hintergrund und sind nur bei äußerster
146 Gefährdung der medizinischen oder ökologischen Sicherheit zu erwägen. Ein pauschales
147 EU-weites Verbot etwa von Plastikeinwegbesteck wie Trinkhalmen lehnen wir dabei zugunsten
148 einer besseren materialwirtschaftlichen Aufarbeitung ab.

149 Hierfür sind die bewährten Verfahren der Mülltrennung beizubehalten und umfassend
150 auszugestalten. Durch gezielte Wieder- oder Anschlussverwendung von Wertstoffen können
151 Grenzen der Rohstoffverfügbarkeit verschoben werden. Insbesondere im Bereich der Seltenen
152 Erden müssen Möglichkeiten des Recyclings weiter erforscht werden. Wir wollen daher bessere
153 Rahmenbedingungen für die Kreislaufwirtschaft. Auch hier muss das Verursacherprinzip
154 konsequent umgesetzt werden: der Hersteller eines Produkts hat die Verantwortung für die
155 spätere Entsorgung zu tragen.

156 Im Einklang mit einer energetisch wie emissionsbewussten Lösung des Müllproblems darf
157 überdies die Anwendung modernster und externalitätenarmer Müllverbrennungstechnologien
158 kein Tabu sein.

159 Überdies stellen wir uns gegen das Verbot, den Fahrzeugmotor im Winter im Stand laufen zu
160 lassen und möchten die damit verbundene Ordnungswidrigkeit samt Bußgeld abschaffen.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.